

# Rassistische Gewalt

In der Debatte um Flüchtlingsunterkünfte spielt vielerorts die bürgerliche Mitte mit den rassistischen Ressentiments der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund der rechtspopulistischen Äußerungen des Bundesinnenministers gegen »Asylmissbrauch« kann das Klima leicht wieder in Gewalt gegen Flüchtlinge umschlagen – wenn nicht engagierte Bürger dazwischentreten.

Angelika Calmez

Das Bundesinnenministerium beklagt einen Anstieg rechtsextremer Straftaten und warnt vor einer dramatisch sinkenden Hemmschwelle zur Gewalt. Sie richtet sich immer wieder auch gegen Flüchtlinge. So weist die jährliche Statistik der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt einen Anstieg rassistisch motivierter Gewalt auf. Viele Kommunen suchen derzeit nach Unterkünften für Asylsuchende. Im letzten Jahr wurde dieser Umstand verstärkt von Rechtsextremen für rassistische Stimmungsmache missbraucht. Doch auf lokaler Ebene spielen oft auch Bürger und sogar Parteien der bürgerlichen Mitte ein gefährliches Spiel: Bei Diskussionsveranstaltungen gibt man sich bürgernah, indem man rassistische Scheinargumente wie die vermeintliche Bedrohung durch Kriminalität nicht entkräftet und ihnen breiten Raum gewährt. Im schlimmsten Fall kommt es zum Schulterchluss mit den Rechtsextremen. So geschehen in Rudow, einem Bezirk von Berlin-Neukölln, wo Rechtsextreme ungehindert an einer Bürgerversammlung mit dem Titel »Asylbewerberheim in Rudow?« teilnahmen.

Eingeladen zu der Veranstaltung am 9. Oktober 2012 hatten der Rudower CDU-Abgeordnete Hans-Christian Hausmann und einige christdemokratische Bezirksverordnete. Rund 150 Menschen waren gekommen, darunter auch der NPD-Kreisvorsitzende aus Neukölln, Sebastian Thom. Gegen ihn ermittelte die Polizei bereits im Zusammenhang mit dem NW (»Nationalen Widerstand«) Berlin, der mutmaßlich just am Morgen des 9. Oktober ein Flüchtlingslager im nahe gelegenen Waßmannsdorf attackierte. Ein Glasbehälter mit brauner Farbe flog durch die Fensterscheibe und verfehlte glücklicherweise zwei schlafende Hausbewohnerinnen. Die Täter hinterließen die gesprühte Drohung »Rostock ist überall«, den Schriftzug »NW Berlin« und ein Hakenkreuz auf der Fassade.

Zu der Versammlung am Abend berichten die Neuköllner Grünen auf ihrer Homepage, die Vorsitzende Francisca Fackeldey habe Gastgeber Hausmann auf die Anwesenheit von Thom aufmerksam gemacht. Statt den Neonazi hinauzuweisen, habe Hausmann geantwortet: »Dies ist eine Bürgerversammlung, bei der alle Demokraten mitdiskutieren können. Und da die NPD keine verbotene Partei ist, sehe ich hier nicht Ihr Problem.«

## Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte 2012

+++ Waßmannsdorf: 12. Mai – Unbekannte stecken zwei Kinderwagen in Brand; 9. Oktober – Wurf eines Farbbehälters durch das Fenster einer schlafenden Bewohnerin; Nazischmierereien  
+++ Wolgast: 29. August – Nazisprühereien; 5. Oktober – Wurf mit einem Feuerwerkskörper auf das Gebäude  
+++ Güstrow: 2. Oktober – Anschlag mit Buttersäure auf das Gebäude einer geplanten Flüchtlingsunterkunft  
+++ Beelitz: Sylvesternacht 2013 – Brandanschlag auf das Gebäude einer geplanten Flüchtlingsunterkunft +++

# gegen Flüchtlinge

Gegenüber der Presse stritt Hausmann eine rassistische Stimmung bei der Versammlung ab, der Hinweis auf die anwesenden Rechtsextremen sei zudem nur vage gewesen. Laut dem ZEIT-Blog »Störungsmelder« sollen sich allerdings zahlreiche Besucher aggressiv und mit rechts-populistischen Aussagen ereifert haben: »Die anwesenden Rudower sehen ihre dörfliche Idylle gestört, würden die Flüchtlinge am liebsten auf das Tempelhofer Feld oder den Rütli Campus schicken. Einer sagte, »Wenn schon nach Rudow, dann in die Einflugschneise, damit sie schnell wieder abhauen.« Zwei Vertreter von Flüchtlingsrat und den Grünen wurden hingegen niedergebrüllt.« Wenige Wochen später hatte die Berliner NPD nach eigenen Aussagen in Rudow bereits Tausende Flyer gegen das »Asylantenheim« verteilt.

Der Standort wurde inzwischen aufgegeben. Zurück bleibt der Eindruck, dass in Rudow wie bei vielen anderen »Bürger-versammlungen« zum Thema Unterbringung ein gefährlicher Rassismus-Cocktail aus Ressentiments der Mitte und der Tatbereitschaft rechtsextremer Kreise zusammengerührt wird.

Gleiches drohte auch im brandenburgischen Wandlitz – letztlich aber mit überraschend positiver Wendung. Nachdem dort Pläne für eine Flüchtlingsunterkunft bekannt wurden, hatte sich auch dort eine Bürgerinitiative mit dem Ziel gegründet, die Unterkunft zu verhindern. Die Wandlitzer Initiative gab sich einen humanistischen Anstrich, sie sammelte Unterschriften für eine »menschenwürdige«, dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern im gesamten Kreis Barnim. Wie sehr es den Initiatoren der Bürgerinitiative tatsächlich um die Menschenwürde ging? Auf den Internetseiten der Märkischen Oderzeitung beschreiben sie ihre Beweggründe:

»... Die Standortbestimmung des Landrates für ein Asylbewerberheim mit 40-50 Plätzen an der Bernauer Chaussee, genau gegenüber dem Waldhotel Wandlitz, begünstigt viele Anwohner. Sie haben Angst vor Rüpeleien und Gewaltexzessen ewig gestriger und dem Verlust an Wohnquali-

tät sowie ihrer Immobilienwerte. Die Geschäftsführung des Hotels fürchtet um ihren Geschäftsstandort und die Angestellten um ihren Arbeitsplatz ... «

Fast 400 Unterschriften überreichte man bei der einer offiziellen Bürgerversammlung am 5. November dem Kreisrat. Und doch sollte der emotionsgeladene Abend das Blatt in Wandlitz zugunsten derjenigen wenden, die die Flüchtlinge willkommen heißen wollen. Der »Tagesspiegel«, die »Berliner Zeitung«, und ein Augenzeuge berichten: Da war die mutige Bürgermeisterin, die sich nicht scheute, anwesenden Rechtsextremen schnell das Rederecht zu entziehen. Und dann war da Mathis Oberhof. Der Wandlitzer wurde erst ausgebuht, aber er setzte sich durch und sagte offen, was er dachte: Dass viele Flüchtlinge beim Versuch, nach Europa zu gelangen, ihr Leben verlieren. Und dass seine Großeltern nach dem Krieg selbst Flüchtlinge waren, die vor verschlossenen Türen standen. Oberhof war nicht der einzige Befürworter der inzwischen bereits bewohnten Flüchtlingsunterkunft. Aber sein Beitrag war der eindrücklichste, ihm gelang es, die Stimmung zu drehen. Er versprach, sich selbst für die Flüchtlinge zu engagieren – unter anderem mit einem Angebot für Deutschunterricht. Tags darauf stand sein Telefon nicht mehr still, Nachbarn boten Hilfe an. In Wandlitz unterstützen jetzt viele Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des »Runden Tisches für Toleranz« die Flüchtlinge tatkräftig. Sie betreuen Kinder und begleiten Eltern zu Behördengängen. Eine Rentnerin liest Flüchtlingskindern vor, ihr Mann hilft, die vielen gespendeten Fahrräder zu reparieren. Der »Berliner Zeitung« sagte Oberhof: »Ich weiß, dass es die Stimmen der Intoleranz immer noch gibt. Aber sie haben nicht die Hoheit über Wandlitz gewonnen.«

Wo es keine Initiativen wie in Wandlitz gibt, die die Lagerisolation durchbrechen, ist der Alltag für sehr viele Flüchtlinge deprimierend. Mit ihrem Comic »Im Land der Frühaufsteher« hat Paula Bulling den tristen Alltag in Flüchtlingslagern sichtbar gemacht. Dieses Bild aus dem Buch zeigt die Zentrale Aufnahmestelle in Halberstadt und Bullings Ko-Autor Noel Kaboré.

**626 Fälle politisch rechts motivierter Gewalt in Ostdeutschland haben die Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt im vergangenen Jahr in den neuen Bundesländern und Berlin\* registriert. Dies sind zwar rund 11 Prozent weniger, als 2011. Ausgesprochen besorgniserregend erscheint allerdings den Anstieg rassistischer Gewalttaten um mehr als 20 Prozent (2012: 276; 2011: 226). Laut Bundesinnenministerium stieg die Zahl rechts motivierter Straftaten 2012 um vier Prozent. Das Ministerium zählt seit der Wiedervereinigung 63 Todesopfer rechtsextremer Gewalt. Diese Zahl gilt als weit zu niedrig. Der Opferfonds Cura zählt 183 Todesopfer seit 1990.**

\* In den alten Bundesländern gibt es kein entsprechendes unabhängiges Monitoring rechter Gewalttaten.